

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbrt d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Das Wahldebakel von Hessen - wie es dazu kam und welche Konsequenzen zu ziehen sind analysiert der hessische SPD-Landesgeschäftsführer Norbert Schmidt.

Seite 1

Das Recht auf Gleichstellung sollte ins Grundgesetz aufgenommen werden, fordert Björn Engholm zum Internationalen Frauentag.

Seite 3

Langsam aber gewaltig sind Europas Frauen im Kommen, berichtet Christa Randzio-Plath MdEP.

Seite 4

Eine aktive europäische Industriepolitik fordert angesichts der dramatischen Situation in Europas Automobilindustrie, Karl-Heinz Mihr MdEP.

Seite 6

48. Jahrgang / 45

8. März 1993

Das Regieren wird schwieriger

Was hat zu den dramatischen Verlusten der SPD in Hessen geführt?

Von Norbert Schmidt
Geschäftsführer der SPD in Hessen

1. Wahlziel der SPD war es, die führende kommunalpolitische Kraft in Hessen zu bleiben und mindestens 40 Prozent landesweit zu erreichen. Die SPD mußte Verluste, zum Teil in dramatischer Höhe (Kassel -20,7 Prozent, Wiesbaden -15,8 Prozent) hinnehmen. Der Vorsprung vor der CDU hat sich von 10,6 Prozent auf 5,6 Prozent verringert. Die SPD ist zwar in 19 der 26 Kreise und kreisfreien Städte stärkste Partei, aber auf deutlich niedrigerem Niveau als noch vor vier Jahren. Vor allem in den Großstädten büßte die SPD überdurchschnittlich ein. In Frankfurt und Kassel mußte die SPD ihre Stellung als stärkste Partei an die CDU abgeben. In einigen Landkreisen sind selbst rot-grüne Mehrheiten nicht mehr möglich und zur Mehrheitsbildung Koalitionen mit mehr als zwei Parteien nötig (sofern Koalitionen mit Reps und große Koalitionen ausgeschlossen werden). Absolute Mehrheiten hat die SPD noch in zwei Kreisen (Kassel und Werra-Meißner, wo beidesmal keine rechte Parteien antraten), rot-grüne Mehrheiten gibt es rechnerisch nur noch in sieben Kreisen und zwei kreisfreien Städten.
2. Die Verluste der SPD von 7,6 Prozent (bei den Kreiswahlen) sind vor allem darauf zurückzuführen, daß frühere SPD-WählerInnen nicht zur Wahl gingen. Die Wählerwanderungsbilanz zeigt, daß die SPD zur Gruppe der NichtwählerInnen fast 230.000 Stimmen verloren hat. Die Verluste an Reps und Wählergruppen waren demgegenüber mit je rund 40.000 deutlich geringer, allerdings höher als die jeweiligen Verluste der CDU. Die niedrige Wahlbeteiligung erklärt auch den Unterschied zwischen den Voraussagen der Meinungsforschungsinstitute (noch in den letzten Tagen) und dem Wahlergebnis. Die beiden Volksparteien erreichten zusammen genau die Hälfte der Wahlberechtigten (50,25 Prozent).

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermeidung Umweltschaden
mit umweltfreundlichen
Recycling-Papier



Wir wissen aus Untersuchungen, daß gerade derjenige Teil der Bevölkerung weniger zur Urne geht, der sozial ausgegrenzt wird. Insoweit haben die unsozialen Solidarpaktvorschläge der Bundesregierung mit dazu beigetragen, daß gerade die davon Betroffenen der Urne fernbleiben. Menschen am unteren Rand der Sozialskala begehren eben nicht auf, wenn sie von Kürzungsvorschlägen betroffen sind, sondern wenden sich resigniert vom politischen System ab. Wir wissen, daß die Bevölkerung mit der Arbeit der Bundesregierung sehr unzufrieden ist. Aber auch mit der Oppositionsarbeit der SPD sind sie unzufrieden. Vor allem vor diesem Hintergrund sind die Verluste der SPD zu verstehen.

3. Trotz Lichterketten und verstärktem Engagement der Bevölkerung gegen Ausländerfeindlichkeit kamen die rechtsextremen Parteien auf insgesamt nahezu zehn Prozent (Reps 8,2 Prozent, NPD 0,8 Prozent, Andere). Mit moralischen Appellen ist die Hinwendung zu den rechtsextremen Parteien nicht zu stoppen. Ihr Potential ist weiterhin hoch. Es geht kein Weg daran vorbei, die Rechtsextremen offensiv zu bekämpfen.
4. Die Bundesthemen bestimmten in hohem Maße die Wahlkampfauseinandersetzungen. Dabei ist es jedoch nicht gelungen, die SPD als glaubhafte Alternative zur Bonner Regierungspolitik darzustellen. Die SPD in Bonn zeigt sich zu uneinheitlich, zu widersprüchlich, zu kontur- und kontrastarm. Der SPD wird nicht abgenommen, Schutzmacht der kleinen Leute zu sein, weil die Wählerinnen und Wähler kein Vertrauen in unseren angekündigten Widerstand gegen die Sozialraubbau-Pläne haben. Dies ist nach der Erfahrung mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer auch verständlich. Die regionale Analyse beweist, daß insbesondere in "einfachen Wohngebieten" überdurchschnittlich verloren wurde. Hier erzielten die Reps ihre besten Ergebnisse.

Die SPD auf Bundesebene muß sich endlich als regierungsfähige Alternative zur Regierung Kohl darstellen und ihr soziales und ökologisches Profil schärfen.

5. Es ist nicht gelungen, die Partei in ausreichendem Maße zu mobilisieren. Als einzige Mobilisierungsthemen in den eigenen Reihen boten sich die Fragen "Gewalt von rechts" und "Solidarpakt" an. Darüber hinaus gab es nur vereinzelt kommunalpolitische Mobilisierungsthemen. Die Partei wirkte verunsichert angesichts wechselnder Botschaften aus Bonn. Dies mußte sich zwangsläufig auf die Wahlkampfaktivitäten, auf die persönliche Ansprache im Wahlkampf und somit letztlich auf das Wahlergebnis auswirken. Im übrigen wird die SPD über die allgemeine Politikverdrossenheit undifferenziert mitbeurteilt. Das führt zu einem Vertrauensverlust und weiteren Demobilisierungen.
6. Das Wahlergebnis bestätigt eine Tendenz der letzten Wahlen. Die rechtsextremen Parteien sind flächendeckend mit über fünf Prozent vertreten, was nachhaltige Auswirkungen auf die Parteienlandschaft zur Folge hat: Die Mehrheitsfindungen im Parlament und das Regieren werden damit schwieriger.

7. Auch für die Opposition in Hessen ist das Wahlergebnis ein Desaster. CDU und FDP kamen auf zusammen 36,8 Prozent (rot-grün liegt bei 47,7 Prozent). Aus diesem Wahlergebnis kann weder eine Bestätigung für Kohl noch für die Opposition in Hessen abgeleitet werden.

(-/8. März 1993/hgs/ks)

Mit der Gleichstellung ernst machen
Ein Anfang wäre die Aufnahme des Rechts auf Gleichstellung ins Grundgesetz

Von Björn Engholm
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Internationale Frauentag sollte uns davor bewahren, die Gleichstellung von Frauen für ein Konjunkturthema zu halten. In seiner regelmäßigen Wiederkehr zwingt er uns, das zurückliegende Jahr noch einmal unter Aspekten zu betrachten, die besonders uns Männern nicht selbstverständlich sind.

Es kann nicht oft und nicht laut genug gesagt werden: Es sind vor allem die Frauen in Ostdeutschland, die den Löwenanteil der einigungsbedingten Probleme zu tragen haben. Sie verlieren als erste den Arbeitsplatz und haben als letzte die Chance, einen neuen zu finden. Auch deshalb, weil Kinderbetreuungseinrichtungen in erschreckendem Ausmaß wegbrechen. Das ist ungerecht und unsozial. Und es ist eine Verschwendung von Kenntnissen, Erfahrungen und Fähigkeiten, die sich unsere Gesellschaft nicht leisten kann.

Die Novellierung des Paragraphen 218 wird den Frauen in Ostdeutschland eine Einschränkung der bisher gültigen Fristenregelung bringen. Bleibt zu hoffen, daß das Bundesverfassungsgericht nicht gegen den breiten gesellschaftlichen Konsens entscheidet und damit die Frauen in den neuen Ländern auch in dieser Hinsicht zu Verliererinnen der Einheit werden läßt.

Ein Erfolg könnte die Novellierung werden, wenn es gelingt, mit sozialen Hilfen werdendes Leben wirksam zu schützen. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen begrüßen die erheblichen sozialen Verbesserungen des neuen Schwangerschaftsrechts. Wir werden in Ländern und Gemeinden weiterhin unser Bestes tun, um bis 1996 jedem Kind zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergartenplatz zu sichern. Ich weiß, daß dieses Ziel in vielen Gemeinden nicht nur ein Umdenken, sondern auch Opfer verlangt. dafür bitte ich in dieser finanziell schwierigen Zeit um Verständnis.

Die SPD wird nicht zulassen, daß alleinerziehende Frauen und ältere Frauen mit kleinen Renten zu Financiers des Solidarpakts werden. Die Kürzung der Sozialhilfe ist sozial ungerecht, und sie ist frauenfeindlich, denn es sind vor allem Frauen auf Sozialhilfe angewiesen.

Als das Grundgesetz 1949 Männer und Frauen für gleichberechtigt erklärte, eilte es seiner Zeit voraus. Noch immer sind nicht alle Konsequenzen aus dem programmatischen Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes gezogen worden. Gleichberechtigung ist aber noch keine tatsächliche Gleichheit der Chancen. Trotz Gleichheit vor dem Gesetz sind Frauen heute noch in vielen Lebensbereichen, vor allem auf dem Arbeitsmarkt, benachteiligt. Die Reform des Grundgesetzes muß es dem Staat zur Aufgabe machen, für eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu sorgen.

Mein Wunsch ist, daß die Politiker und Politikerinnen aller Parteien die Gleichstellung der Geschlechter als große gemeinsame Aufgabe erkennen. Ein Anfang wäre die Aufnahme des Rechts auf Gleichstellung ins Grundgesetz.

(-/8. März 1993/hgs/ks)

Frauen kommen langsam, aber gewaltig
Zur Vertretung der Frauen in der Europäischen Gemeinschaft

Von Christa Randzio-Plath MdEP

Meine Forderung zum Internationalen Frauentag am 8. März 1993 lautet: alle Macht den Frauen, weil die Welt sich ändern muß. Obwohl der Kampf der Neuen Frauenbewegung um mehr Beteiligung der Frauen in den Parlamenten, den politischen Führungsebenen und in den Parteien nun schon mehr als 20 Jahre andauert, sind Fortschritte nur langsam erzielt worden. So sind auf den EG-Gipfeln der Staats- und Regierungschefs die Männer unter sich, weil es keine Frau an der Regierungsspitze gibt. Immerhin hat Irland, das frauenpolitisch unterentwickelteste Land der EG eine Präsidentin. Sie hat allerdings nur repräsentative Aufgaben. Ministerinnen gibt es - mit Ausnahme von Portugal und Griechenland - inzwischen in fast allen EG-Ländern, aber sie sind immer noch völlig unterrepräsentiert.

In den Parlamenten ist der Frauenanteil stetig gestiegen. Aber die Unterschiede innerhalb der EG sind groß. Anteilig befinden sich die meisten Frauen im dänischen (33 Prozent), im niederländischen (28,7 Prozent) und im deutschen Parlament (21 Prozent). Allerdings erreichen sie - außer in Dänemark - nicht die "skandinavischen Verhältnisse": In Finnland liegt der Frauenanteil bei 38,5 Prozent, in Norwegen bei 35,8 Prozent und in Schweden bei 32,6 Prozent. Die geringste parlamentarische Repräsentanz haben die Frauen (außer in Griechenland mit fünf Prozent) in dem Land der bürgerlichen Revolution, in Frankreich. Hier sind die Frauen nur mit 5,1 Prozent vertreten und in Italien nur mit 8,1

Prozent. Dieser geringe Anteil in Frankreich und Italien ist dann erstaunlich, wenn man bedenkt, daß diese Länder hinsichtlich Maßnahmen zur Frauenförderung durchaus fortschrittlichere Regelungen aufzuweisen haben, als beispielsweise die BRD. In Spanien sind die Frauen mit einem Anteil von 15,1 Prozent im Parlament vertreten, in Luxemburg mit 13,3 Prozent, in Portugal mit zehn Prozent, in Belgien mit 9,43 Prozent, in Großbritannien mit neun Prozent und in Irland mit 7,8 Prozent.

Im Europäischen Parlament sind die Frauen aber stärker vertreten, als im Durchschnitt der EG. Hier liegt der Frauenanteil bei 20 Prozent. Auch wenn es bisher keine Präsidentin gab, so hat sich die Zahl der Vizepräsidentinnen immerhin von zwei in der ersten Hälfte der derzeitigen Legislaturperiode auf nun vier verdoppelt. Auch mehr Ausschüsse als bisher sind in der Hand von Frauen: der Ausschuß für die Rechte der Frau, der Ausschuß für Petitionen, der Verkehrsausschuß sowie der Unterausschuß Währung. Drei Delegationen werden von Frauen geleitet; die wichtige Delegation des EP mit der ehemaligen Sowjetunion, der CSFR, mit Estland, Lettland und Litauen sowie mit Südasien. Auch in die Fraktionsvorstände sind mehr Frauen aufgerückt. So liegt der Frauenanteil im Vorstand der Sozialistischen Fraktion bei 24 Prozent (der Mitgliedsanteil in der Fraktion beträgt 22,2 Prozent), in der Fraktion der Grünen 50 Prozent, in der Regenbogenfraktion 40 Prozent, in der Fraktion der Linken 21 Prozent, bei den europäischen Christdemokraten 14 Prozent und in der Liberalen Fraktion 24 Prozent.

Die Forderung nach Quotenregelungen zur Durchsetzung einer stärkeren Beteiligung von Frauen in den politischen Führungsebenen ist eine wichtige Forderung. Die Sozialistische Internationale hatte auf ihrer Ratstagung in Paris im Dezember 1988 auf Initiative der Sozialistischen Fraueninternationale alle Mitgliedsparteien dazu aufgefordert, die Chancengleichheit von Frauen auf allen Ebenen einschließlich der nationalen und kommunalen Ebene, dem Gesetzgebungsbereich und der Organisationsebene im Laufe der nächsten zehn Jahre zu verwirklichen. Inzwischen bestehen in allen EG-Mitgliedsparteien Quotenregelungen für die Besetzung in den Parteigremien. Die Regelungen sind jedoch recht unterschiedlich. Während die Sozialistischen beziehungsweise Sozialdemokratischen Parteien in Dänemark, Großbritannien und Deutschland eine Quote von 40 Prozent (für beide Geschlechter) festgelegt haben und in Frankreich von 30 Prozent, liegt sie in Belgien, Portugal und Spanien bei 25 Prozent, in Irland und wiederum Belgien bei 20 Prozent und in Italien nur bei 15 Prozent. Die Labour Partei in Großbritannien hat sich zum Ziel gesetzt, einen Frauenanteil von 50 Prozent in der Parlamentsfraktion bis zum Jahre 2000 zu verwirklichen.

Unterrepräsentiert sind die Frauen in den EG-Institutionen. Es gibt nur noch eine Frau unter den 18 Kommissaren. Nur zwei von 23 Generaldirektionen werden von Frauen geleitet. Nur 12,14 Prozent (ohne Dolmetscherinnen und Übersetzerinnen) beträgt der Anteil der Frauen unter den sogenannten A-Beamten mit Hochschulabschluß. Im Europäischen Parlament ist der Frauenanteil bei den qualifizierten Beamtinnen ebenfalls sehr gering. Eine Generaldirektorin in der Verwaltung des Europäischen Parlaments gibt es nicht. Die höchsten Posten sind in der Hand von Männern. Die EG-Institutionen müssen feminisiert werden. Darum bleibt die Forderung aktuell: mindestens 40 Prozent der Mandate und Ämter in der EG müssen von Frauen besetzt werden. Unter den Mitgliedern der Kommission muß eine Kommissarin die Zuständigkeit für Chancengleichheit und Antidiskriminierung erhalten. Sie muß eine Vernetzung der für Frauen zuständigen Ministerien und Gleichstellungseinrichtungen in den EG-Mitgliedstaaten herbeiführen und Nichtregierungsorganisationen dabei einbezie-

hen. Bis zum Jahre 2000 muß jährlich ein Frauengipfel durchgeführt werden, auf dem die Fortschritte in der Gleichberechtigung öffentlich und gemeinschaftsweit diskutiert werden.

(-/8. März 1993/hgs/ks)

Wir brauchen eine aktive europäische Industriepolitik
Die europäische Automobilindustrie gerät in ein dramatisches Fahrwasser

Von Karl-Heinz Mühr MdEP

Vor dem Hintergrund einer bereits für einige Wirtschaftsbranchen der Gemeinschaft dramatischen Situation gleitet nun auch die europäische Automobilindustrie immer mehr in das selbe Fahrwasser. Von Daimler-Benz bis Fiat, von PSA bis VW melden alle Hersteller zur Zeit durchgehend erhebliche Absatzeinbrüche.

Vor diesem Hintergrund ist von der EG-Kommission eine härtere Gangart gegenüber den Japanern in den Verhandlungen über die PKW-Einfuhrquoten für 1993 zu verlangen.

Nach einem in 1991 geschlossenen Abkommen müssen sich Brüssel und Tokio in diesem Jahr zum ersten Mal auf eine Quote für die japanischen Fahrzeugexporte in die EG einigen. Dieses war seinerzeit vereinbart worden, um den europäischen Automobilherstellern Luft zu verschaffen für dringend notwendige Umstrukturierungsprozesse, um ihre Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt zu verbessern.

Die dritte Runde dieser Verhandlungen scheiterte nun am vergangenen Dienstag an der Haltung der japanischen Vertreter, die eine bedrohliche Situation für die europäischen Autohersteller besonders für den größten nationalen Automarkt der EG, Deutschland - nicht sehen und akzeptieren wollen.

Diese Haltung ist uneinsichtig und stur sowie fernab von der Realität, vor der wir zur Zeit leider stehen. Die Zeichen stehen wie bei Stahl, auf Sturm. Die für die Autoindustrie zwingend notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen werden derzeit durch den parallelen wirtschaftlichen Einbruch in ihren Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation der Branche noch erheblich verstärkt. Dazu kommt noch eine - zumindest für Deutschland - katastrophale Politik der Bundesregierung gegenüber den Autofahrern, die mittlerweile jegliche klare Linie in der Verkehrspolitik vermissen läßt, Wirtschaft und Verbraucher im Ungewissen läßt und potentielle Autokäufer völlig verunsichert.

Das alles führt letztendlich dazu, daß bereits jetzt in Europa in ungeheurer Breite Kurzarbeit gefahren wird und einige Unternehmen der Automobilindustrie sich am Rande eines Sozialplans bewegen.

Aus dieser Misere herausbringen kann uns nur eine aktive europäische Industriepolitik. Das heißt sowohl die Vertretung europäischer Interessen gegenüber Dritten, aber auch zwingende politische Vorgaben an die jeweilige Branche, um durch Umstrukturierung konkurrenzfähig zu werden.

(-/8. März 1993/hgs/ks)
